

In dieser Ausgabe

**Hoffest
mit Kandidaten**

Seite 2

**Umweltfestival
für 1,5-Grad-Ziel**

Seite 4

**Weltklima
und Strausberg**

Seite 4

**Wie gelangt
das Dorf zum Bund?**

Seite 5

Neue Hotelbesitzer

Seite 6

**Bundeswehr
marschierte 20 Jahre mit**

Seite 7

**Reise ins sozialistische
Vietnam**

Seite 8

**Redaktionsschluss
der nächsten Impulse:**

1. Oktober 2021

**Erscheinen
der nächsten Impulse:**

15. Oktober 2021



v. l. Niels-Olaf Lüders, Dagmar Enkelmann,
Bettina Fortunato, Uwe Salzwedel, Jörg Bogadtke

Foto: R. Adolph

Kleine weiße Friedenstaube bringe allen Menschen Frieden

Mit dem gemeinsamen Gesang des bekannten Kinderliedes „Kleine weiße Friedenstaube“ endete sehr emotional das diesjährige Strausberger Friedensfest der LINKEN. Märkisch-Oderland. Ebenso bewegend verliefen die zahlreichen Diskussionen, Gespräche und Musikeinlagen, die sich gegen Krieg, Rüstungsexporte, Auslandseinsätze und Hetze richteten, kurz vor dem Weltfriedenstag an diesem 28. August. Gefragte Gesprächspartner waren der hiesige Bundestagskandidat, Niels-Olaf Lüders, und der Landratskandidat, Uwe Salzwedel.

Als ein Höhepunkt des Tages erfreute der Sänger und Songschreiber Tino Eisbrenner mit Friedensliedern die Gäste. Für gute Unterhaltung sorgten außerdem die Interpreten Isabell Neubauer und Jörg Bogadtke, die Joe's Bigband sowie zahlreiche Info-Stände, syrische Küche und Kinderspiele.

In einem Friedenspolitischen Forum über Flucht und Migration schilderte Niels-Olaf Lüders, dass er als Anwalt, der sich besonders für Geflüchtete einsetzt, in den zurückliegenden Tagen viele Hilferufe von in Afghanistan lebenden Menschen erhalten habe. Die, die jetzt um ihr Leben fürchteten, seien neben Tausenden Toten und Verwundeten weitere Opfer eines verheerenden sinnlosen Krieges der USA und ihrer Verbündeten. Die LINKE habe stets vor dieser Beteiligung und vor allen anderen Auslandseinsätzen Deutschlands gewarnt und niemals einem Kriegsmandat zugestimmt, erinnerte er. Zudem kritisierte der Kreisvorsitzende der VVN-Bund der Antifaschisten, Wolfram Wetzig, die bundesrepublikanische Außen-, Militär- und Entwicklungshilfepolitik sowie die Situation von Geflüchteten mit eingehenden Worten.

Der sicherheitspolitische Referent in der Bundestagsfraktion, Thomas Kachel, benannte Kriege, Rüstungs-

exporte, die Weltmarktabhängigkeit des Südens sowie die gescheiterte Entwicklungshilfe ohne Förderung zur Eigenständigkeit als Hauptursachen für die zunehmenden Flüchtlingsbewegungen.

Um denen, die hier ankommen, zu helfen, habe DIE LINKE während ihrer Regierungsbeteiligung in Brandenburg u. a. unabhängige Beratungsstellen, einen Landesmigrationsbeauftragten und eine digitale Gesundheitskarte eingeführt, erläuterte der Landtagsabgeordnete Andreas Büttner.

An dieser Stelle bemängelte Uwe Salzwedel, Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, dass es auf Betreiben des gegenwärtigen Landrates, Gernot Schmidt, in Märkisch-Oderland als einzigem Landkreis Brandenburgs, noch keine Gesundheitskarte sowie kein Konto für die monatlichen Zahlungen an Geflüchtete gäbe. Das würde er nach seiner Wahl als Landrat beispielsweise umgehend ändern.

Über schlimme Auswirkungen ungenügender Hilfe sowie Diskriminierung von Behörden in Deutschland berichtete bewegend der Kameruner Lazare Mountapmbeme.

Axel Grafmanns vom Vorstand des Vereins „Wir packens an“ beschrieb die erschütternden, katastrophalen Zustände für in Bosnien lebende Flüchtlinge. Der Verein hatte gerade wieder zahlreiche Spenden mit Trucks nach Bosnien gebracht, um die große Not etwas zu lindern.

In einer weiteren Talkrunde machte die Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dagmar Enkelmann, auf die noch immer bestehenden Gefahren eines atomaren Krieges sowie des Klimawandels aufmerksam. DIE LINKE sei die einzige Friedenspartei, weil sie sich konsequent gegen die Ursache von Kriegen, dem Kapitalismus, und für friedliche Konfliktlösungen einsetze.

Renate Adolph

DIE LINKE wählen!

Hoffest mit Niels und Uwe



Foto: R. Adolph

Trotz regnerischem Wetter eröffnete DIE LINKE. Märkisch-Oderland Ende August mit dem Seelower Hoffest stimmungsvoll ihre traditionelle Friedenswoche.

Über 100 Besucher erlebten den Sommerabend mit vielen guten Gesprächen, umrahmt von der ComedyBluesBand „Die Schwärzefüße“.

Die diesjährigen Talkrunden, moderiert von der Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Kreistages Märkisch-Oderland, Betti-

na Fortunato, rankten sich natürlich um die bevorstehenden Bundestags- und Landratswahlen.

Bundestagskandidat Niels-Olaf Lüders, appellierte, die LINKE zu wählen für eine friedliche, soziale und ökologische Gesellschaft. Nur sie setze sich konsequent für die Bedürfnisse der Menschen, statt für die der Konzerne ein.

Der Landratskandidat, Uwe Salzwedel, un-



Foto: R. Adolph

terstrich, dass die Linkspartei viele Partner brauche, um Schief lagen in der Gesellschaft zu verändern. Mit seiner Kandidatur strebe er spürbar bessere Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche, für Senioren und Berufstätige im Landkreis an. Dafür sei auch eine engere Zusammenarbeit mit den Abgeordneten des Kreistages notwendig. Die Co-Vorsitzende der LINKEN. Brandenburg, Katharina Slanina, erinnerte an die Forderungen ihrer Partei für 13 Euro Mindestlohn. Wichtig sei es zudem, die Bedingungen der 2,8 Millionen Kinder, die in Deutschland in Armut leben, gravierend zu verbessern. r. a.



Uwe Salzwedel beim Brückenfest in Fredersdorf

Jeder muss sich entscheiden

„Wer an den Dingen seiner Gemeinde nicht Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.“ Wie bedeutungsvoll dieser mehr als 2000 Jahre alte Spruch von Perikles, einem Strategen der griechischen Demokratie, ist, zeigt sich in diesen Wochen besonders deutlich im Spiegel der bevorstehenden Wahlen. Dazu sollte auch uns eine Meinung gestattet sein.

Die Wahlbenachrichtigungskarten sind eingetroffen. Sie erinnern daran, dass am 26. September Wahlen zum Bundestag und in unserem Kreis Märkisch-Oderland darüber hinaus die Wahl des Landrates stattfinden. Das kann jeder Wahlberechtigte am Wahltag im jeweiligen Wahllokal oder bereits vorher per Briefwahl tun. Oft aus Enttäuschung über die Politik in der zurückliegenden Wahlperiode beabsichtigt der eine oder andere, nicht wählen zu gehen. Das aber ist kein Ausweg, da er andere über sich entscheiden lässt.

Ja, die Parteien setzen in Wahlkampfzeiten alles daran, um die Bürgerinnen und Bürger von ihrem inhaltlichen und personellen Angebot zu überzeugen. Wie schnell überbieten sie sich mit ihren Versprechen. Wie und ob diese überhaupt eingehalten werden sollen, spielt erst einmal gar keine Rolle. Hauptsache ist,

Stimmen zu gewinnen. Dabei setzt man auf die Vergesslichkeit der Menschen, die kaum und wenn ja, dann oft ungenau darauf schauen, welche Partei in der zurückliegenden Legislatur ihre Forderungen wirklich ernst nahm. Und wer kann schon immer anhand der Formulierung der Versprechen deren Inhalt und Adressaten bestimmen und herausfinden, wessen Interessen bedient werden sollen, die der Masse des Volkes oder einer kleinen Schicht von Reichen und Superreichen? Selbst der Name der Partei bietet nicht immer die Gewähr für deren Politik. Wie oft haben wir erlebt, wie Parteien ihr Denken und Handeln grundlegend änderten, ohne ihren Namen zu korrigieren?

Wenn man sich entschieden hat, so sollte man auch konsequent sein.

Die LINKEN von Rehfeld und im Wahlkreis 59 haben es jetzt leicht, denn sie haben nicht nur ein unverwechselbares Programm ihrer Forderungen an eine humanistische, gerechte und friedliebende Gesellschaft. Bevor sie ihre Kandidaten nominierten, prüften sie deren Eignung, deren fachliche Fähigkeiten, deren Durchsetzungsvermögen, deren Aufrichtigkeit im Handeln und deren erforderliche menschliche Reife. Sie werden ihre zwei Stimmen für

Nils-Olaf Lüders und DIE LINKE. für den Bundestag sowie ihre Stimme für Uwe Salzwedel als neuen Landrat mit Überzeugung abgeben. Eine solche Klarheit trifft auch auf DIE LINKE in ganz Deutschland zu, die sich nicht durch Querelen und Streitereien vom eigenen Grundsatz abbringen lassen darf.

Andere Bürger haben es da nicht so einfach und müssen sich trotzdem entscheiden. Bleibt zu hoffen, dass sie sich nicht auf die sogenannten Alternativen festlegen, die vorwiegend den rechten Rand bedienen und deren Positionen sich nicht zuletzt durch Rassismus und Geschichtsrevisionismus auszeichnen.

Und wie steht es mit der Wählbarkeit der anderen Parteien? Wer deren Kanzlerkandidaten nicht will, darf auch die Partei nicht wählen, denn in Deutschland stellt im Normalfall die Partei mit den meisten Wahlprozenten auch den Kanzler.

Nur wenn DIE LINKE stark ist, kann sie verändernd auf die Geschicke dieses Landes Einfluss nehmen, darauf, dass die gegenwärtige Demokratie zu dem wird, wie sie Perikles vor mehr als 2000 Jahren verstand und bezeichnete, nämlich „Herrschaft des Volkes“.

Reiner Donath und Gerhard Richter

Beeindruckender Antikriegsfilm in Letschin

Im Rahmen der Friedenswoche der LINKEN. MOL wurde auch in diesem Jahr ins Kino Letschin eingeladen. Mit Unterstützung des Vereins „Altes Kino“ lief der Antikriegsfilm „Der neunte Tag“. Nach der autobiographischen Erzählung „Pfarrerblock 25487“ von



Jean Bernard handelt der Streifen von seinem Aufenthalt als Häftling im Pfarrerblock des KZ Dachau. Die Schlüsselfigur, Kremer, wird für neun Tage aus dem KZ Dachau entlassen, um seinen Vorgesetzten, Bischof Philippe, zu bewegen, mit der deutschen Besatzungsmacht zu kooperieren. Für den Fall seiner Flucht droht man ihm mit der Ermordung aller inhaftierten luxemburgischen Geistlichen. Nach dem Ende des Filmes verließen die Besucher tief beeindruckt den Saal.

Doris Richter

Lüders über Äußerungen konservativer Kandidaten verwundert Wahlpositionen genau anschauen

Nach einer ersten Podiumsdiskussion mit sechs Bundestagskandidaten des Wahlkreises 59 (Märkisch-Oderland und Barnim II) äußerte sich Niels-Olaf Lüders von der LINKEN sehr verwundert über so manche Aussagen der Mitbewerber.

Bei dem PolitBrunch im Rathaus Bernau erfuhren die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, dass die von ihm ins Spiel gebrachte Überwindung der sozialen Spaltung in der Gesellschaft und eine notwendige Chancengleichheit für alle sowie ein großer Bedarf an mehr Zuwendungen für Bildung und Pflegepersonal auch von den Vertretern der konservativen Parteien Zustimmung fand. Kommen doch in deren Parteiprogrammen solche Forderungen kaum vor oder stehen ihnen sogar entgegen.

Ebenso hielten auch die meisten Kandidaten, ausgenommen Berufsoffizier Mirko Dachroth (FDP), die von Lüders kritisierten Auslandseinsätze und Rüstungsexporte der Bundesrepu-

blik für unnötig.

Die von Dr. Sabine Buder (CDU) bekundete Ablehnung des Profitstrebens im Gesundheitswesen empfand der LINKEN-Kandidat gar als „Hammer“. Denn Ihre Partei hätte das ursprünglich nicht privatisierte Gesundheitswesen doch genau dahin gebracht und zeige bis heute nicht die geringste Einsicht in diesen Fehler. Gesundheit müsse einzig der Gesundheit der Menschen dienen, so Lüders.

Auch Lars Günther (AfD) gab sich sozial.

Es sei doch ein Trauerspiel und nichts Erfreuliches, wenn sich nicht einmal Kandidat*innen der konservativen Parteien trauten, angesichts der so offensichtlichen sozialen und ökologischen Missstände die Positionen ihrer eigenen Parteien öffentlich zu vertreten. Wie würden sie sich dann später im Parlament bei Abstimmungen zu diesen Fragen verhalten? „Nichts gegen geringfügige Abweichungen der persönlichen Meinung vom Parteiprogramm.



Aber welche inhaltlichen Konzepte für die Zukunft sollen die Wähler*innen bei so viel programmatischer Unschärfe und Ziellosigkeit denn erwarten? Wir brauchen dringend Konzepte für die Zukunft, die die drängenden Probleme wirklich anfassen“, unterstrich Lüders. Niels-Olaf Lüders (LINKE), Kim Stattaus (Grüne) und Simona Koß (SPD) waren sich einig, dass Großverdiener stärker bei der Besteuerung im Interesse des Gemeinwohls und zur Bewältigung der enormen Corona-Ausgaben zur Kasse gebeten werden sollten. r. a.

Linke wollen für die Menschen an Stellschrauben mitbestimmen

Die Kandidaten der LINKEN, Niels-Olaf Lüders für den Bundestag und Uwe Salzwedel für das Landratsamt, stellten bereits im Juli bei einem Bürgergespräch im Kulturhaus Seelow ihre Motive, Vorhaben und Positionen vor. Der eine will im Obersten Parlament linke Akzente für die Interessen der Menschen vor denen des Kapitals setzen. Der andere möchte nach 16 Jahren Gernot Schmidt (SPD) an der Spitze der Verwaltung Märkisch-Oderland die weitere Gestaltung des Landkreises mit neuen Impulsen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern voranbringen.

Es gäbe Defizite bei der wirtschaftlichen Entwicklung, bemängelte Salzwedel. Bau und Verkehr benötigten mehr Innovationen. Auch bei der Kultur bleibt Einiges zu tun. Die Kreismusikschule durchlief einen Zick-Zack-Kurs ihrer Zugehörigkeit und Finanzierung. Bei der weiteren inhaltlichen Ausrichtung der Gedenkstätte Seelow-Höhen wäre eine stärkere wissenschaft-

liche Begleitung wünschenswert. Zudem gehe es ihm, um eine lebendige Verwaltung, die eng mit den Menschen zusammenarbeite, so Salzwedel. Die Vorschläge von Initiativen und Betroffenen müssten besser in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der langjährige Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag und Lehrer am Gymnasium Rüdersdorf rief die Wählerinnen und Wähler dazu auf, gemeinsam



Fotos: R. Adolph

mit ihm für den Landkreis zu arbeiten.

Niels-Olaf Lüders erinnerte daran, dass er in den ersten Jahren seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt wirtschaftsrechtliche Fragen behandelte und dabei das Agieren großer Unternehmen sehr genau beobachten konnte. Als Linker habe er es schließlich vorgezogen, sich für Menschen auf der anderen sozialen Seite juristisch einzusetzen. Die Steuergelder müssten den wahren Leistungsträgern der Gesellschaft zugutekommen, sagte Lüders. Zum Beispiel seien bei der Sitzung des Bundestages während der Fußball-EM nahezu unbemerkt 27 neue Rüstungsprojekte für 20 Milliarden Euro durchgewunken worden. Das sei fast so viel wie der Bund in diesem Jahr für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung ausgibt. Der Staat sollte nicht in Aufrüstung sondern in Bildung und soziale Projekte investieren. Außerdem sei für die Erhaltung des Friedens Kooperation statt Konfrontation geboten.

Auf Nachfrage setzten sich die Kandidaten dafür ein, rechtsradikalen Gruppierungen keine Chance zu geben. r. a.

Linke vor Ort

Klimadiskussion inmitten der Natur

Mitten im herrlichen Naturpark Märkische Schweiz, nahe Buckow, lud das Umweltzentrum Drei Eichen Mitte August zu einem 1,5-Grad-Festival ein. Bei schönstem Sommerwetter erwarteten die zahlreichen Besucher, die zumeist mit dem Fahrrad zu dem abgelegenen Vierseitenhof gekommen waren, vielfältige regionale Leckereien, Live-Musik und Vorträge. Bei einer lebhaften Podiumsdiskussion debattierten Politiker sowie Direktkandidaten zur Bundestagswahl aus der Region darüber, wie das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommen, noch erreicht werden könne.

Niels-Olaf Lüders, Kandidat der LINKEN, fasste es treffsicher so zusammen: „Solange das Wirtschaftssystem agiert, wie es das zurzeit tut, kann die Klimafrage nicht umfänglich ge-

löst werden. Hier sind radikale Änderungen notwendig. Nicht die Rentabilität darf über die Produktion entscheiden, sondern die ureigsten Bedürfnisse der Menschen.“

Entgegen dem Ansinnen der Grünen, ein Ministerium zur Klimaschutzkontrolle des Parlaments einzuführen, favorisierte Lüders zudem den Ansatz, von der Kommune bis hin zur Bundesebene Entscheidungen vielmehr von kontrollierenden Bürgervertretungen überprüfen zu lassen. In der Stadtverordnetenversammlung Strausberg bemühe sich beispielsweise DIE LINKE gemeinsam mit Fridays for Future, einen Klimamanager einzusetzen. Dabei machte er noch einmal deutlich, dass das Thema Klima stets im Zusammenhang mit der sozialen Frage in Betracht gezogen werden müsse. r. a.



Weltklimabericht und „entschlossenes Handeln“

Am 9. August hat der UN-Generalsekretär Guterres nach der alarmierenden Veröffentlichung des Weltklimaberichtes „entschlossenes politisches Handeln“ gefordert, um die Klimakatastrophe wenigstens abzumildern.

„Die Alarmglocken sind ohrenbetäubend, und die Beweise sind unwiderlegbar“, sagte er. Die Treibhausgase erstickten den Planeten und brächten Milliarden Menschen in Gefahr. „Die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft hängt davon ab, dass Führungskräfte in Politik, Unternehmen und der Zivilgesellschaft geeinigt hinter politischen Vorgaben, Maßnahmen und Investitionen stehen, die den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad begrenzen“, sagte Guterres. Die Lösungen lägen auf dem Tisch. „Der Bericht muss die Totenglocke für Kohle und andere fossile Brennstoffe sein, bevor sie unseren Planeten zerstören“.

Es dürfte unstrittig sein, dass auf allen Ebenen der Politik gearbeitet werden muss in dieser Frage. Aus unserer Sicht sind die Forderungen, die die Strausberger Kommunalpolitiker*innen zurzeit stellen, zu wenig entschlossen. Da



können wir uns als Linksfraktion nicht ausnehmen. Die Fakten des Berichtes rechtfertigen auch größere „Würfe“.

Wie wäre es:

- **Wege zu finden, die Stadtwerke Strausberg von ihrer EWE-Beitreibung zu lösen, um politisch handlungsfähiger zu sein?**

Die Minderheitsbeteiligung eines der größten Gashändler der Bundesrepublik steht im Widerspruch zum Ziel, keine fossilen Brennstoffe einzusetzen und hat die Stadtwerke bei Investitionsentscheidungen in den letzten Jahren

immer auf der „fossilen Spur“ gehalten.

- **Die Eigenproduktion von grünem Strom massiver voranzutreiben als Stadtkonzern?**

Die Strausberger Wohnungsbaugesellschaft hat die Dächer, die Stadtwerke das Stromnetz, die Strausberger sind die Abnehmer. Hier mangelt es an Idee oder Wille die viel besprochenen „Sektorenkopplung“ umzusetzen.

Es spricht nicht viel dagegen, auf alle Dächer der kommunalen Gebäude Solaranlagen zu verlegen und die Stadtwerke mittelfristig als Energiespeicherzentrale weiterzuentwickeln. Die Berliner Stadtwerke haben hier gute Ansätze. <https://berlinerstadtwerke.de/>

- **Alle kommunalen Einrichtungen sollten bis 2035 eine CO2-neutrale Betriebsweise erreichen?**

Hier gilt es, Maßnahmenpläne und Variantenvergleiche zu erarbeiten und der Politik vorzulegen. All das wird keine Kaffeefahrt und kein Schnäppchen. Das ist sicher allen Beteiligten bewusst. Den Kopf in den Sand zu stecken, passt vielleicht zu unserer Stadt, „Straus“berg, ist aber keine erstrebenswerte Einstellung.

Niels-Olaf Lüders und Ronny Kühn

Wusstest Du schon?

Zum Kuckuck

Der Kuckuck ist durch seinen Brutparasitismus allgemein bekannt. Das heißt, er legt seine Eier einzeln in Nester kleinerer Singvögel und überlässt die Arbeit der Brutpflege den Nestinhabern. Das wenige Stunden alte Jungtier setzt die anderen Jungvögel buchstäblich vor die Tür und wächst, somit wie ein kleiner Pascha allein im Nest heran.

Der Kuckuck ist der letzte unserer Zugvögel, der

Anfang Mai aus seinem sonnigen Winterquartier aus der südlichen Sahara einfliegt. Er nutzt die Kurzvisite, um seine Nachkommen auf Kosten anderer ausbrüten und großziehen zu lassen. Wenn man auf Kosten anderer leben will, ist das Timing entscheidend. Ein Zufuhr und der unerwünschte Gast würde auffallen. Dagegen beim Zuspätkommen würde das Kuckucksjunge Schwierigkeiten haben, die schon etwas größeren Kinder der Hausbesitzer des Platzes zu verweisen.

Auf Grund des Klimawandels wird aber genau dieser Fall häufiger in Zukunft eintreten: Der kleine Schmarotzer kommt immer öfter zu spät!

Während die von ihm Ausgenutzten mit der Zeit gehen und zunehmend ihr Verhalten umstellen, hält der Kuckuck hartnäckig an seinen Gewohnheiten fest und kommt für seine faulen Geschäfte oft schlicht zu spät!

Wird der tierische Parasit sein Verhalten gegenüber der tierischen Gemeinschaft ändern und selbst Verantwortung übernehmen?

Werden wir durch den Klimawandel auch unsere menschlichen Parasiten los oder müssen wir selbst Hand anlegen?

Carsten Wenzel



Freienwalde setzte Zeichen gegen rechts

„Bad Freienwalde ist bunt“, unter diesem Motto trafen sich am 14. August viele Menschen aus der Region auf dem Marktplatz der Oderbruchstadt. Zu der Kundgebung aufgerufen hatte ein Bündnis aus Initiativen, Vereinen und Parteien, u. a. die Hilfsorganisation „Wir packen's an“, DIE LINKE, Die Grünen, die Stiftung SPI, das Bündnis „Offenes MOL“, VVN-BdA und die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt. Sie alle wollten ein Zeichen setzen gegen rechte Hetze, gegen das Erstarken der AfD und gegen Neonazis. Mit einer tollen Mischung aus Redebeiträgen, Livemusik und Diskussionsrunden gelang es den Veranstaltern, ein vielfältiges Programm auf die Beine zu stellen. Unterstützt wurde die Kundgebung durch Infostände und viele Mitmachaktionen der Initiatoren sowie der „Omas gegen rechts“, der Stadt- und Kreisbibliothek, des Hauses der Naturpflege, des Hauses Sozialer Integration, des Nabu und eines Polen-Mobils. Auch die Situation der Flüchtlinge, die in Bad Freienwalde wohnen und leben, war ein wichtiges Thema. Im Ergebnis ist eine Willkom-

mensgruppe wieder ins Leben gerufen worden. Die ersten Treffen haben bereits stattgefunden. Die Mitglieder der LINKEN, Bad Freienwalde boten an ihrem Stand Kaffee, Kuchen und Spielzeug an. Die dabei erzielten Spendeneinnahmen sollen die Willkommensgruppe bei ihren Aktivitäten unterstützen.

Den Direktkandidaten zur Bundestagswahl des Wahlkreises 59 wurden im Vorfeld Wahlprüfsteine zugeschickt. Die Antworten stellten Miriam Tödter und Axel Grafmanns auf der Bühne vor. Auf der Internetseite freienwalde-ist-bunt werden sie demnächst nachzulesen sein. Für Niels-Olaf Lüders, Bundestagskandidat, und Uwe Salzwedel, Landratskandidat der LINKEN, Märkisch-Oderland, aber auch für viele weitere Genossinnen und Genossen der Region war es selbstverständlich, dabei zu sein und deutlich sichtbar und hörbar gegen menschenverachtende Tendenzen, für ein solidarisches, lebenswertes und vielfältiges Miteinander einzutreten. Die beiden Kandidaten nutzten zudem die Gelegenheit



Foto: R. Adolph



Foto: M. Düsterhöft

für zahlreiche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern.
Karin Klingner

Das Dorf zum Bund bringen

Die Dorfhelden sind aktive Leute in Brandenburg, die sich für Entwicklungen im ländlichen Raum engagieren. Am 19. August hatte die „Akademie Dorfhelden“ PolitikerInnen der LINKEN, Grünen, SPD und FDP ins Schloss Trebnitz eingeladen, weil sie genau wissen wollten, wie ihre Anliegen im nächsten Bundestag berücksichtigt werden können. Für die LINKE saß die CO-Landesvorsitzende, Katharina Slanina, mit im Podium, die im Barnim Zu Hause ist und sich hier gut mit ländlichen Gemeinden auskennt. Mit dabei in der ländlichen Idylle war auch Niels-Olaf Lüders, unser

Direktkandidat für den Wahlkreis 59.

Wie können mehr seniorengerechte Wohnungen geschaffen werden? Wie kann der Bund Kunst und Kultur sowie den ÖPNV auf dem Lande effektiver fördern? Welche Möglichkeiten gibt es für Kinder in sozial benachteiligten Familien für eine bessere Freizeitgestaltung trotz längerer Wege? Wie kann Ehrenamt gewürdigt werden? Das waren nur einige Fragen der Dorf-Lobbyisten. Die LINKE machte gleich Finanzierungsvorschläge für all die Anliegen: Den Rüstungshaushalt kürzen.

Einig waren sich alle Diskutanten: Es braucht mehr

Unterstützung für die ländliche Entwicklung sowie für regionale Kreisläufe. Es gelte, sich lautstark mit seinen Forderungen zu artikulieren und Bündnisse zu schmieden, um bei den Gesetzesentscheidern anzukommen und sie zu überzeugen. r. a.



v. l. Katharina Slanina, Simona Koss, Niels-Olaf Lüders

Foto: R. Adolph

Neues Mitglied beim Friedensfest aufgenommen

Beim Strausberger Friedensfest nahm der Kreisvorsitzende und Bundestagskandidat der LINKEN, Märkisch-Oderland, Niels-Olaf Lüders, die Gelegenheit wahr und übergab feierlich Marita Hensel aus Strausberg ihr Parteidokument. Bei der Frage,



Foto: S. Schubert

was Sie bewogen hätte, in die Linkspartei einzutreten, kam spontan die Antwort: „Da fühle ich mich am besten aufgehoben.“ Wir wünschen ihr bei uns viele gute Gespräche sowie Spaß an der Parteilarbeit.

Simone Schubert

Packen für Bosnien – Wir brauchen Hilfe!

Lieber Christian,

unser Lager in Biesenenthal quillt über. Die Not in Bosnien und Griechenland ist groß.

Alles, was noch fehlt, bist du: Wir benötigen dringend Unterstützung in Biesenenthal beim Packen und Sortieren. Auch ein paar Stunden würden uns helfen!

Axel war letzte Woche in Bosnien, die Aussage war: Es fehlt an allem, und der Winter kommt bald. Dann sitzen wieder tausende Menschen im Schnee und Eis, ohne ausreichend Nahrung

und Kleidung. Und da kommen wir ins Spiel: Wir können nicht diese katastrophale Politik ändern, aber für den oder die Einzelne macht es einen Unterschied, ob eine warme Jacke zur Verfügung steht oder ein paar Schuhe.

Wir haben zusammen viel hinbekommen in der Vergangenheit. Im letzten Winter schickten wir 12 Trucks, einer davon nach Rojava, Nordsyrien. Mit deiner Unterstützung bekommen wir auch diesen Winter wieder was hin. Wenn es dir möglich ist, bitte melde dich bei

packen@wir-packens-an.info – und wir legen los! Wir packen und sortieren jeden Tag!

Übrigens: Wenn sich mehr als 8 Personen einfinden, dann spendieren wir Pizza! Also:

Worauf noch warten?

Vielleicht kannst du auch in deinen Netzwerken fragen, ob jemand Lust hat mitzuhelfen?

Vielen lieben Dank!



WIR PACKEN'S AN

Axel, Geschäftsführender Vorstand Wir packens an e. V.

Unsere Abgeordneten in den Parlamenten

Neue Hotelbesitzer

Unter den Kindergärten in Märkisch-Oderland gibt es bald neue Immobilienbesitzer*innen. Früh übt sich. Nein, im Ernst. Sie sind Besitzer eines Insektenhotels, überreicht von der Landtagsabgeordneten der LINKEN, Bettina Fortunato, Mitte August. In der parlamentarischen Sommerpause war die Abgeordnete unterwegs, um sich mit etwas weniger Zeitdruck als sonst ein Bild zu machen. Wie haben die Einrichtungen und das engagierte Personal die Anforderungen der Corona-Pandemie gemeistert? Was hat geklappt? Wie haben sich die Maßnahmen der Landesregierung auf die Arbeitsabläufe und die Zusammenarbeit mit den Eltern ausgewirkt? Im Gepäck hat die Abgeordnete jetzt jede Menge Hinweise, wie sich die Menschen vor Ort die Zusammenarbeit mit der Landesebene in Krisensituationen vorstellen. Den Besuch nutzte Bettina Fortunato, um sich mit den Jüngsten in der Gemeinde Letschin darüber auszutauschen, wozu ein „Hotel für



Insekten“ da sein kann, wer die Zimmer darin bezieht und wo man es am besten aufstellt. Zur großen Freude aller waren auch gleich eine kleine Libelle und eine Spinne zur Stelle, die sich das Domizil anschauten. „Für die Insektenhotel-Besitzer dieses Kindergartens und die vielen kleinen Helferlein, die darin wohnen werden.“, steht an der Seite auf einem Schildchen. Damit alle die Verantwortlichen auch zu erkennen sind, bekam jedes

Kind auch einen Button mit einem Bienenchen.

Die Abgeordnete findet es wichtig, dass in den Kinder-einrichtungen viel mit und in der Natur unternommen wird, dass die Kinder lernen, ihre Umwelt zu achten, wie man sie schützen und unterstützen kann. Diese Arbeit unterstützt sie gern mit Insektenhotels. Weitere Stationen der Hoteltour waren Kindereinrichtungen in

Reitwein, Obersdorf und Buckow.

Nach den Corona-Einschränkungen soll der „Gesprächsfaden“ wieder aufgenommen werden. Sich vor Ort anzuschauen, was in der Bildungspolitik, zu der die Abgeordnete auch die Kitas zählt, verbessert werden kann und muss, um jedem Kind, egal wo es geboren wurde und welchen familiären Hintergrund es hat, gleiche Zukunftschancen zur Verfügung stehen. *Simone Schubert*

Gute Rente – für ein gutes Leben im Alter



Altersarmut in Brandenburg bleibt ein großes Problem, wie unsere Große

Anfrage der Fraktion DIE LINKE zeigt. Die Tafeln erleben Zulauf von Menschen, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet haben – und nicht genug Rente bekommen, um sich jeden Tag eine warme Mahlzeit zu leisten. In Zukunft droht sich die Lage gar noch zu verschärfen:

Das Rentenniveau sinkt, es könnte bis 2045 bei nicht einmal 42 Prozent angelangt sein. Die Sorgen im Hinblick auf ihren Ruhestand sind bei den Älteren in Brandenburg größer als in jedem anderen Bundesland und speziell die Angst vor Altersarmut (37 Prozent) liegt in Brandenburg über dem Bundesdurchschnitt (31 Prozent).

Dass diese Sorgen nicht unbegründet sind, bezeugen die zahlreichen Rentnerinnen und Rentner, die mit weit unterdurchschnittlichen Rentenzahlungen auskommen müssen. Etwa die Hälfte aller neuen Rentnerinnen und Rentner erhalten Altersrenten unter 1000 Euro. Davon sind besonders Frauen betroffen. Im

Jahr 2018 lagen die Zugangsrenten in Brandenburg bei fast 60 Prozent der neuen Rentnerinnen unter 1050 Euro. Daher gilt es, die Gesetzliche Rentenversicherung zu stärken und sie einem größeren Kreis an Menschen zugänglich zu machen, denn sie bietet im Gegensatz zur Mehrzahl privater Angebote erhebliche Vorteile. Abhilfe würde u. a. eine solidarische Erwerbstätigenversicherung schaffen, in die auch Abgeordnete einzahlen. Darüber hinaus fordern wir eine armutsfeste Mindestrente von 1200 Euro, um den Rentenabbau zu stoppen, das Rentenniveau zu erhöhen und die Regelaltersgrenze auf 65 herabzusetzen.

*Bettina Fortunato
Abgeordnete im
Landtag Brandenburg*

ASP-Bekämpfung: Bund verweigert sich Land muss aktiv werden



te der Landtagsabgeordnete der LINKEN, Thomas Domres:

Zum Ergebnis der Sonder-sitzung der Agrarminister-konferenz am 1. September zur Afrikanischen Schweinepest erklär-

Die Weigerung des Bundeslandwirtschaftsministeriums, sich stärker bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest und ihrer Folgen zu engagieren, liegt zwischen Desaster und peinlich. Staatssekretär Feiler (CDU) hat offenbar immer noch nicht verstanden, dass die ASP nicht ein lokales Problem von Brandenburg und Sachsen ist, sondern die Landwirtschaft bundesweit gefährdet. Die Bundes-SPD mit Finanzminister Scholz ist auch abgetaucht und lässt die Länder und die Bäuerinnen und Bauern im

Stich. Hilfe wird aber dringend gebraucht. Erst letzte Woche war die ASP Thema im Landtag. Die Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Grüne haben dort einen Antrag vorgelegt und beschlossen, der ganz auf die Unterstützung des Bundes setzt. Das ist nun, nicht einmal eine Woche später, leider gescheitert. Unsere Vorschläge lagen und liegen auf dem Tisch, was das Land selbst machen kann: den Zaunbau (auch entlang der Autobahnen) beschleunigen, eigene Fördermöglichkeiten nutzen, effektivere Strukturen im Krisenstab schaffen, Kommunikation verbessern, einheitliches Vorgehen der Kreise absichern und Entschädigungszahlungen beschleunigen.

Aus unserer Postmappe

Nichts als die Wahrheit oder 20 Jahre Krieg und die Bundeswehr marschierte mit

Einsatzaufgabe: Die sogenannte westliche Allianz in ihrem Kampf gegen Osama bin Laden und sein Terrornetzwerk Al-Qaida zu unterstützen.

Nebenbei sollte die hochgelobte westliche Demokratie am Einsatzort etabliert werden. Dieser Einsatzort „Afghanistan“ in Südasien wurde zum Ort, an dem somit auch unsere „Freiheit“ unbedingt verteidigt werden musste.

Dieser Einsatz des Militärs wurde nicht nur zum zweitlängsten sondern auch zum blutigsten der Bundesrepublik Deutschland.

114 Mütter deutscher Soldaten bezahlten den Drang nach deutscher Weltgeltung vermeintlicher rot/grüner Friedensengel mit dem Leben Ihrer Kinder. Die Forderung „Nie wieder Krieg!“ wurde durch Säbelgerassel übertönt. Krieg, der perverse Traum von siegenden deutschen Armeen, sollte wieder salonfähig gemacht werden!

In der traurigen Bilanz dieses von den Völkern nicht gewollten Krieges am Hindukusch werden ungefähr eine Viertel Millionen Menschen ihres Lebens beraubt. Hierbei werden viele Tote nicht hinzugerechnet, weil sie nachträglich an den direkten Kriegsfolgen verstarben

bzw. paramilitärischen/zivilen Strukturen zuzuordnen sind.

Die Menschen, welche an Leib und Seele verstümmelt wurden, wird niemand zählen. Zu ihnen gehören auch Zehntausende Kinder und Jugendliche. Sie werden diese Verletzungen ein Leben lang mit sich tragen.

Mehr als sieben Millionen Menschen, Tendenz stark steigend, sind auf der Flucht und sind somit ihres Zuhauses beraubt. Sie müssen für sich und ihre Familien um das Leben, die Freiheit fürchten. Die Armutsrate in Afghanistan ist im Zeitraum der Annexion um fast das Doppelte gestiegen. Statt Frieden und Wohlstand kamen Bomben, Armut und Tod.

Im Jahr 2019 berichtete UNICEF, dass 3,7 Millionen afghanische Kinder im Schulalter die Schule nicht besuchen. Das liegt auch an der Zerstörung der notwendigen Infrastruktur.

Die USA kostete dieses blutige Abenteuer über 2 Billionen US-Dollar.

Die Bundesregierung gab allein für den Bundeswehreinsatz Ausgaben von über 12 Milliarden Euro Steuergeldern an. Deutlich weniger betrogen die Kosten humanitärer Hilfe. Diese lagen bisher unter 500 Millionen Euro. Auch hier können wir von einem Vielfachen an Folgekosten

ausgehen!

Ziel der Intervention war offiziell die Befreiung des Landes von den Taliban und anderer terroristischen Banden. Also der Sieg des „guten, fortschrittlichen Westens“ gegen die Mächte des Bösen. Danach sollte das geschundene Afghanistan, welches unter den Folgen des jahrzehntelangen Bürgerkrieges litt, wieder aufgebaut werden. Also das Land mit seiner Bevölkerung erst in die Steinzeit bomben, um das Böse wie ein Exorzist auszumerzen und dann mit den erfolgreichen neuen Märkten den Überlebenden aus der vorher vertieften Armut helfen!?

Ergebnis des von den westlichen Kreuzrittern angezettelten Krieges ist ein zerstörtes Land, unsagbares Leid, bittere Armut auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite eine Rüstungsindustrie mit gut gefüllten Taschen.

Verantwortlich sind auch viele Parteien unserer deutschen Demokratie. Sie haben diesen Krieg unterstützt und sind nicht zurückgeschreckt vor unberechtigten Tötungen, Verstümmelungen und Zerstörungen, um ihre eigenen gierigen Interessen durchzusetzen und zu sichern.

Carsten Wenzel

Vorbereitungen auf den Winter nicht auf Kosten der Schüler

Wird es, im Gegensatz zu den letzten zwei Jahren, eine Kontinuität des Lernens in der Schule geben? Oder besteht die Kontinuität in dem blinden Vertrauen auf das Homeschooling, das eines der bildungspolitischen Schwerpunktmaßnahmen unserer Regierung in den vergangenen Monaten war?

Diese Variante mit bestehenden Problemen umzugehen, hatte nicht nur viele Eltern und Großeltern überfordert. Sie hat besonders unseren Kindern und Jugendlichen geschadet. Folge ist ein schwer zu überwindendes Bildungsdefizit und ein Mangel an sozialen Kontakten, die letztlich für die Herausbildung von Sozialkompetenz notwendig sind. Betroffen sind vor allem Kinder des unteren Randes der Gesellschaft, gern auch abwertend als bildungsferner Teil bezeichnet.

Welche Maßnahmen sind notwendig, dass keine Schließungen der Schulen notwendig sind?

Um das Coronainfektionsrisiko in den Schulen niedrig zu halten, müssen Klassenzimmer gut durchlüftet werden, alle 20 Minuten, mindestens 5 Minuten lang. Neben einem beträchtlichen Geräuschpegel, ist auch die Kälte im Winter ein nicht zu unterschätzen-

der Ausschlussgrund für ständiges Lüften. Wir tauschen Coronainfektionsrisiko gegen ein Grippeerisiko!

Welche Alternativen bleiben, um trotzdem neuerliche Schulschließungen zu vermeiden?

1. **Senkung der Schülerzahlen** in den Klassen
2. **Abstands- und Hygieneregeln** sind weiterhin ein wichtiger Bestandteil.
3. Kombinieren der natürlichen **Lüftung über die Fenster mit sinnvollen technischen Hilfsmitteln.**

Luftreiniger könnten die Aerosolbelastung in den Klassenzimmern in sehr kurzer Zeit deutlich senken und somit das indirekte Infektionsrisiko reduzieren. Das erfolgt auch bei geschlossenem Fenster und ohne geeignete raumluftechnische Anlagen.

Diese mobilen Anlagen sind eine sinnvolle Ergänzung zum Lüften. Die Vorbereitung auf den kommenden Winter darf nicht wieder verschleppt werden. Deshalb brauchen wir neben der Impfung für alle Beschäftigten an den Schulen endlich ausreichend Luftfilter

in den Unterrichtsräumen. Wo Kommunen ihren Anteil nicht finanzieren können, muss Druck auf Bund und Land gemacht werden. Außerdem muss schon jetzt mit Hochdruck daran gearbeitet werden, dass für den Winter ausreichend Schnelltests zur Verfügung stehen. Zusammen mit den Luftfiltern, die als Ergänzung zum regelmäßigen Lüften der Klassenräume zum Einsatz kommen müssen, kann ein erneutes Schul-Chaos mit Wechselunterricht, Schulschließungen und Homeschooling vermieden werden.

Ronny Kühn



Bürgerbüros

Bettina Fortunato (MdL)**Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL

www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnung der Büros der LINKEN im September

- **Die Geschäftsstelle Strausberg** öffnet Montag bis Donnerstag 10.00 - 12.30 Uhr
- **Die Geschäftsstelle Bad Freienwalde** öffnet jeden 1. Dienstag im Monat von 9.30 - 11.30 Uhr und jeden Donnerstag von 16.00 - 18.00 Uhr
- **Der LinksTreff Seelow** öffnet Montag bis Mittwoch 9.00 - 12.00 Uhr
- **Das Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow:** öffnet Montag bis Donnerstag 9.00 - 13.00 Uhr

Weltenbummler

Reise ins Sozialistische Vietnam

Im November 2019 reisten wir über Moskau nach Vietnam. Wir, das waren 15 Personen. Organisiert hatte die Reise ein Vietnamese, mit dem meine Frau zusammen in Karl-Marx-Stadt studiert hatte. Demzufolge waren 5 ehemalige Kommilitonen dabei.

Zunächst besuchten wir in Nordvietnam, ca. 50 Kilometer von Hanoi entfernt, das Heimatdorf des einstigen vietnamesischen Studienkollegen. Dort wurden wir mit großer Herzlichkeit empfangen. Alle wussten, dass wir aus dem Osten Deutschlands stammten. Hier auf dem Lande waren die Lebensverhältnisse einfach, aber auf die Gemeinschaft ausgerichtet. Es gab ein Dorfgemeinschaftshaus und einen Jugendklub, in dem ordentlich was los war.

In Hanoi besuchten wir geschichtliche Stätten und Museen. Im Museum zum langen, von den USA geführten Krieg, gab es keine eigene Tafel über die starke Unterstützung der DDR für den Kampf des vietnamesischen Volkes. Das habe ich hörbar kritisiert. Es war den Gastgebern sehr peinlich. Offensichtlich wird seitens der Bundesrepublik Deutschlands Druck ausgeübt, auch hier Erinnerungen an die DDR zu löschen. Lediglich im Ho-Chi-Minh-Museum gab es mehrere Bilder mit DDR-Staatsgästen.

In der Halong-Bucht im Golf von Tonking erlebten wir eine wunderschöne Natur. Anschließend ging es in das Hochland zu ethnischen Minderheiten, die weitgehend in Autonomie leben. Viel wird hier zur Erhaltung der Natur getan. Das geht bis zum Einsatz von Elektrofahrzeugen, um die sehr reine Luft zu erhalten.

In Mittelvietnam schließlich besuchten wir die alte Kaiserstadt Hue. Die Kriegsschäden hier und in anderen Städten sind nahezu vollständig beseitigt. Beeindruckend war für uns auch ein Kochtag auf Vietnamesisch. Der begann früh mit dem Einkauf auf dem Markt und setzte sich in einem Kochstudio fort. Alle mussten mitmachen und alles ausprobieren, bevor gemeinsam gegessen wurde. Wir haben viel über gesun-

Freitagsfrühstück

Zu einem gemeinsamen Frühstück bei guten Gesprächen lädt DIE LINKE. **jeden Freitag von 9 bis 11 Uhr** in die Geschäftsstelle, Große Straße 45, in Strausberg ein.



Nächstes Mal wieder am:
23. September und
14. Oktober
von 15 bis 17 Uhr
in der Geschäftsstelle
Große Straße 45
Strausberg



Bootsfahrt auf dem Mekong Foto:Lutz Amsel

des Essen und schonende Essenszubereitung gelernt. Im Süden Vietnams lernten wir Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) und das Mekong-Delta kennen. In der 10-Millionen-Stadt herrschte eine furchtbare Luft. Hauptsächlich Ursache sind Zweitaktmopeds, Haupttransportmittel für Personen und Waren. Busse und LKW gibt es nur wenige. Eine geplante U-Bahn soll Entlastung bringen.

Im Mekong-Delta mit seinen vielen Wasserarmen hingegen bot sich uns eine atemberaubend schöne Natur. Im Delta gibt es sehr viele kleine Betriebe, die im Einklang mit der Natur wirtschaften.

Wir fuhren auch zu einem Dorf mit erhaltenen unterirdischen Bunkern und Gängen aus der Kriegszeit. Diese zeugen von dem unbändigen Widerstandswillen der Vietnamesen.

Ein Wermutstropfen war allerdings, dass man an einem solchen Ort für Touristen einen Eventschießstand eingerichtet hatte. Das empfanden wir und auch andere Besucher als äußerst deplatziert.

Es war eine sehr schöne Reise. Die Menschen in Vietnam sind freundlich und sehr fleißig. Die Natur hat viele reizvolle Facetten. Ökonomisch muss man konstatieren, dass der Kapitalismus dominiert, im Süden mehr als im Norden. Die Führung der Partei ist bemüht, schlimmste Auswüchse abzumildern. So gibt es z. B. keine Elendsviertel. Gleichzeitig wird versucht, bestimmte Infrastrukturprogramme umzusetzen. Dabei helfen die Einnahmen, die Vietnam als weltweit zweitgrößter Kaffeeexporteur erzielt. Der Kaffeeanbau wurde übrigens einst mit maßgeblicher Unterstützung der DDR aufgebaut.

Lutz Amsel

Wahlparty

Mit Euch wollen wir DIE LINKE feiern!
Kommt am **26. September ab 18 Uhr**
in die **Geschäftsstelle**,
Große Straße 45, **Strausberg**
Der Kreisvorstand DIE LINKE.

Der Kreisvorstand DIE LINKE

trifft sich am
29. September, 19 Uhr, in der Geschäftsstelle
Große Straße 45, **Strausberg**

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 0334 1-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, Simone Schubert, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, – www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat